

Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Rhein Main Zeitung  
Rhein-Main & Hessen

## Private Beteiligung statt Übernahme

Neubau der Hochtaunus-Kliniken: Erstes Krankenhausprojekt als PPP-Modell / 70 Millionen Euro Förderung

bie. HOCHTAUNUSKREIS. Als erstes Krankenhaus in Hessen sollen die Kliniken des Hochtaunuskreises Neubauten mit Beteiligung eines privaten Unternehmens errichten. Sie sind auch bundesweit das erste kommunale Krankenhaus dieser Größe, das sich für Planung, Bau und technischen Betrieb eines Public-Private-Partnership-(PPP-)Modells bedient und dabei vom Land gefördert wird. Die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger und Landrat Ulrich Krebs (CDU) haben am Donnerstag eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der sich das Land mit bis zu 70 Millionen Euro an den in Bad Homburg und Usingen geplanten Neubauten beteiligt. Voraussetzung ist nicht nur, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber die Mittel auch bereitstellt und die Kreisgremien noch vor der Sommerpause zustimmen. Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung muss außerdem Kostenvorteile für das PPP-Modell belegen. Erste Voruntersuchungen stimmten aber zuversichtlich, sagte Krebs. Die Vorreiterrolle bringt dem Kreis einen Zeitvorteil. "Wenn sich die PPP-Lösung nicht ergibt, müssen wir uns im normalen Bauprogramm hinten anstellen", sagte Krebs.

Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind und noch in diesem Jahr an beiden Standorten Baurecht geschaffen wird, rechnet der Landrat spätestens für 2010 mit dem Baubeginn sowohl in Bad Homburg als auch in Usingen. An Gesamtkosten werden 140 Millionen Euro veranschlagt, von denen etwa 110 Millionen auf Bad Homburg und 30 Millionen auf Usingen entfallen. Weitere 30 Millionen Euro sind für Ausstattung und Medizintechnik nötig, die nach Worten des Landrats allerdings auch an den alten Standorten investiert werden müssten. Wie Krebs hob auch Lautenschläger hervor, der Vertrag beziehe sich ausdrücklich auf beide Standorte. Nach den Vorgaben der vom Land festgelegten Notfallversorgung sei auch Usingen unentbehrlich. Dort sollen künftig 100 Betten und damit so viel wie jetzt vorgehalten werden. In Bad Homburg reduziert sich nach Angaben von Geschäftsführerin Julia Hefty die Bettenzahl von 395 auf 350.

Wie Lautenschläger erläuterte, habe es Hessen mit einer Änderung des Krankenhausgesetzes zum 1. Januar 2008 als erstes Bundesland ermöglicht, PPP-Projekte mit Fördermitteln zu unterstützen. Angesichts der Diskussion um den Verkauf oder die Schließung kommunaler Krankenhäuser habe man damit deren Spielraum erweitert. "Es gibt noch andere Wege als die völlige Privatisierung", sagte die Ministerin. Für die Kliniken in Bad Homburg und Usingen sollten Planung, Bau und der nichtmedizinische Betrieb für 25 Jahre in private Hände gelegt werden. Ob auch die Medizintechnik dazugehöre, also zum Beispiel die Beschaffung von medizinischen Geräten, werde noch geprüft. "Der sogenannte weiße Bereich, also der ärztliche und pflegerische Betrieb, bleibt bei den Hochtaunuskliniken", betonte Referatsleiter Jochen Metzner vom Sozialministerium.

Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen bei Bauprojekten beschränkt sich bisher meist auf Schulen, Verwaltungsgebäude und sogar Gefängnisse. Auf dem Gesundheitssektor gibt es bisher nur wenige Beispiele, bei denen Universitätskliniken den Anfang machten.

Die Vorreiterrolle hätte den Hochtaunuskliniken in Deutschland am ehesten das Klinikum Bremen Mitte streitig gemacht. Der bislang auf 200 Millionen Euro geschätzte Neubau als PPP-Modell ist allerdings gescheitert und soll nun in Eigenregie mit einer Bürgschaft der Hansestadt verwirklicht werden. Der hessische Referatsleiter Metzner bezeichnete die Voraussetzungen in Bremen und im Taunus als nicht vergleichbar: Die Finanzierung alleine über die privaten Unternehmen abzuwickeln sei unrealistisch. Deshalb gebe das Land für die Hochtaunuskliniken Fördermittel dazu. Dieses Dreiecksverhältnis aus Krankenhausträger, privatem Partner und dem Land als Geldgeber gebe es so noch nirgendwo.

Zieht man bei den Kreiskliniken den Landeszuschuss ab, geht es beim PPP-Modell um einen Betrag von 70 Millionen Euro, der sich um die Verkaufserlöse aus den alten Krankenhausgrundstücken verringern soll. Angestrebt wird ein Inhabermodell, bei dem die Hochtaunuskliniken Eigentümerin von Grundstücken und Gebäuden bleiben. Mit der über 25 Jahre zu zahlenden PPP-Rate decken sie nicht nur die Baufinanzierung, sondern auch den laufenden technischen Betrieb ab. Gerade hier erwarten Fachleute die größten Einsparpotentiale, weil im Zyklus eines Krankenhauses nur etwa ein Fünftel der Kosten auf den Bau entfallen, der Rest aber auf den Betrieb. "Dieser ist bei einem Krankenhaus besonders komplex", sagte auf Anfrage Volko Depner vom **PPP-Institut**, das mittelständische Unternehmen und kleinere Kommunen berät. Deshalb lasse sich durch effizienteres Gebäudemanagement oder verbesserte Abläufe viel mehr einsparen als zum Beispiel bei einer Schule, wo es im Wesentlichen um Hausmeistertätigkeiten gehe. Um die Einsparungen verwirklichen zu können, müssen die meist mit Spezialisten aus dem Gesundheitssektor zusammenarbeitenden Baufirmen früh an der Planung beteiligt werden. Gerade deshalb verzichte man vor der europaweiten Ausschreibung für die Hochtaunuskliniken auf eine genaue Detailplanung, sagte Lautenschläger.